

Kaufst
Palmo
Mostrich!

Erscheint
an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Breitseite (38 mm breit) 45 Gr. Anzeigentelle 15 Groschen.
für die Millimeterzeile im Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitizie (90 mm breit) 135 gr. Auslandserate: 100% Aufschlag.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Der Kluge
trinkt
Kathreiners
Malzkafee!

Die Fürstenenteignung in Deutschland abgelehnt!

39.2% Wahlbeteiligung. — 36.6% „Ja“-Stimmen. — Die Zahlen der Wahlbezirke.

Berlin, 21. Juni 1926. (R.) Heute nacht um 2 Uhr wurde das vorläufige Abstimmungsergebnis über das Volksbegehren zur Enteignung der ehemaligen deutschen Fürsten bekannt gegeben. Es lagen mit einzelnen Ausnahmen sämtliche Wahlkreise mit den vorläufigen Zahlen vor. Danach stellt sich die Volksbefragung folgendermaßen dar:

Wahlbezirk.	Wahlberechtigte Stimmen	Eintragung zum Volksbegehren	„Ja!“	„Nein!“	Ungültig.
1. Ostpreußen	1 318 663	166 078	263 902	9 778	5 056
2. —	1 563 624	321 760	413 000	14 132	10 212
3. Potsdam 1.	1 181 582	514 067	589 715	21 787	25 127
4. Potsdam 2.	1 175 429	479 491	585 865	22 013	25 699
5. —	1 038 777	244 600	297 340	13 403	12 953
6. Pommern	1 148 014	204 715	269 454	11 398	5 761
7. Breslau	1 177 512	383 561	383 108	24 909	13 443
8. Liegnitz	769 460	267 415	263 093	13 377	11 326
9. Oppeln	791 982	153 038	193 933	11 975	4 888
10. Magdeburg	1 067 648	377 452	453 800	16 755	23 051
11. Merseburg	896 104	307 266	351 142	12 564	14 281
12. Thüringen	1 411 556	561 530	580 806	24 833	32 423
13. Schleswig-Holstein	1 005 640	296 073	351 975	13 630	16 021
14. Weser-Ems	901 857	201 228	254 959	10 864	12 473
15. Oldenburg	652 674	152 647	180 404	9 919	9 806
16. Süd-Hannover-Braunschweig	1 256 015	441 067	479 884	24 016	28 069
17. Westfalen-Nord	1 334 136	358 081	447 248	17 627	17 525
18. Westfalen-Süd	1 648 767	584 267	727 472	23 259	26 145
19. Hessen-Nassau	1 571 165	538 098	635 382	24 305	23 207
20. Köln-Aachen	1 352 900	366 540	466 172	20 563	9 075
21. Koblenz-Trier	749 247	118 723	134 994	7 137	2 970
22. Düsseldorf-Ost	1 370 820	530 536	584 472	18 426	16 868
23. Düsseldorf-West	1 054 943	259 427	359 826	12 620	7 178
24. Oberbayern-Schwaben	1 537 258	209 071	320 163	10 918	4 079
25. Niederbayern	783 207	61 822	97 581	3 814	1 563
26. (liegt noch nicht vor)					
27. Pfalz	563 743	159 081	185 114	6 412	3 887
28. Dresden-Bautzen	1 229 105	545 864	551 532	25 554	29 959
29. Leipzig	863 808	418 047	454 099	21 546	23 881
30. Chemnitz-Zwickau	1 168 670	577 155	540 943	22 781	34 442
31. Württemberg	1 631 808	478 084	563 863	19 178	8 510
32. Baden	1 442 607	500 238	548 203	23 758	12 268
33. Hessen-Darmstadt	867 526	325 609	348 335	15 572	10 234
34. Berlin (unvollständig)			942 654	31 077	45 187

Das Gesamtergebnis.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Volksbefragung stellt sich in folgenden Zahlen dar:

Wahlberechtigte Stimmen	39 421 617
Abgegebene Stimmen beim Volksbegehren	12 523 939
Es haben mit „ja“ gestimmt	14 409 618
Es haben mit „nein“ gestimmt	583 354
Ungültige Stimmen	558 259

In Prozenten ausgedrückt ergibt sich folgendes Bild: Es haben von dem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht insgesamt 39,2 Prozent. Davon haben mit „ja“ gestimmt 36,6 Prozent. Somit ist die entshädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürsten von der großen Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt worden.

Der Volksentscheid über die Enteignung der deutschen Fürsten hat in den letzten Wochen und Monaten die gesamte deutsche Öffentlichkeit außerordentlich stark beschäftigt. Die Parteidiskussionen prallten so stark aufeinander, wie sonst selten bei einer Abstimmung oder Wahl. Die Parteidiskussionen brachten das ganze Volk in Erregung, und manche Schlacht im Streit der Parteidiskussionen ist liefert worden. Es ist unzweifelhaft richtig, daß die entshädigungslose Enteignung einen Zustand geschaffen hätte, der die ganzen Rechtsbegiffe in Deutschland zerstört. Solche Eingriffe in die Heiligkeit des Privateigentums darf sich kein Volk leisten, wenn es nicht den Boden untergraben will, auf dem es sein Haus gebaut hat. Es wäre ein Experiment gewesen, das außerordentlich bedenkliche Folgen nach sich gezogen hätte.

Die Deutschen im Ausland, die ähnliche Schritte von Seiten der Völker, in deren Mitte sie leben, bereits durchgemacht haben, die genau die Bedeutung des doppelten Rechtskenntnis und die mit ihrem Besitz und mit ihrem Vermögen gekostet haben, was es heißt, wenn man zweierlei Recht schafft und in Auswendung bringt, müssen sich gegen diese entshädigungslose Enteignung wenden, obwohl sie an und für sich auch jene Gründe kannten, die eine volle Entschädigung ablehnen ließen. Nun, da das deutsche Volk

gesprochen hat, da es vor der ganzen Welt zeigte, daß es trotz Versailles und ähnlicher „Rechtschöpfungen“ noch nicht das Gefühl für jenes Recht verloren hat, das man Privateigentum nennt, werden die weiteren Maßnahmen vom deutschen Reichstag und der deutschen Reichsregierung zu treffen sein. Im Auslande ist der Eindruck sicherlich ausgezeichnet, den dieses Abstimmungsergebnis zeitigte, wenn wir von einzelnen polnischen Richtungen abschauen wollen. In Polen stellt man nämlich diesen Volksentscheid so dar, als ob es sich um ein Bekenntnis des deutschen Volkes zur Monarchie oder Republik handelt. Diese Irreführung, die darauf hinausgeht, die Volksmeinung aufzuputzen, näher zu beleuchten, halten wir für unmöglich. Es handelt sich, wie gesagt, hier um kein Bekenntnis zur Monarchie oder Republik, sondern um einen Entscheid für ein verbrieftes und heiliges Recht: „das Recht des Privatbesitzes und der Gleichheit der Staatsbürger.“

Deutschland hat gezeigt, daß dieses Recht gefühlt nicht gestorben ist. Es hat gezeigt, daß es die starke Säule gegen den Bolschewismus in Europa ist, denn es hat trotz der Erfahrungen seit dem Versailler Vertrag, trotz Liquidationen, Ansiedlerannullierungen und ähnlicher Dinge (man denke auch in diesem Zusammenhang an die Agrarreformen anderer Länder) seine gräfe Linie beibehalten für Recht und Freiheit einzutreten. Das scheint uns der Volksentscheid in erster Linie zu sagen. Und darauf kann der Auslandsdeutsche stolz sein. Die anderen, nebenhergehenden Konsequenzen sind innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches, — und sie werden eine Erledigung finden, daß Volk und ehemalige Fürsten sich nicht zu beklagen brauchen.

Eine Münchener Stimme zum Volksentscheid-Ergebnis.

München, 21. Juni. (R.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: Der Mißerfolg des Volksentscheids gebe keine Ablösung für Freude und zum Jubel. Das Vertrauen der Regierung oder des Reichstages, einen gerechten und billigen Ausgleich zwischen den Interessen des Staates und Volkes und dem Recht der früheren Fürstenfamilien herbeizuführen, müsse jetzt sofort nachgeholt werden. Die Ruhe der staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und unser Ansehen in der Welt

Vor der Dienstagsitzung des Sejm werden die Kommissionen für Finanz- und Haushaltungsfragen über die Verbesserungen des Senats zur Lehrerpragmatik beraten. Heute treten verschiedene Klubs zu Beratungen zusammen. Die Diskussion über das Exposé wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Piastenpartei will morgen einen Antrag in Sachen der Wahlordnung einbringen. In derselben Sitzung soll das Verhalten der Regierung dem Sejm gegenüber scharf kritisiert werden. Wie verlautet, will man diese Frage heute nachmittag im Präsidium des Ministerrates erörtern. Politische Kreise sind am Sonnabend auf eine längere Konferenz aufmerksam geworden, die Herr Bartel im Schloss mit Herrn Pilsudski hatte. Sie traf aktuelle politische Fragen. Mittags beriet der Premier längere Zeit mit dem Finanzminister Larner.

Die Amnestievorlage soll erst nach Erledigung der Verfassungsänderung eingefügt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung, bevor auf diesem Gebiete irgendwelche Maßnahmen getroffen werden, eine Art Botschaft an die Nationalen Minderheiten erlässt.

Eine Sondermeldung des „Kurier Poznański“ aus Warschau lautet: Man spricht hier von der Ernennung des Lemberger Universitätsprofessors Witold Staniewicz zum Agrarreformminister. Was die Aenderung auf den Posten des Kultusministers betrifft, so hat die Kandidatur des Professors Estreich et ihre Aktualität eingebüßt. Immer häufiger ist die Rede von Antoni Boniowski und dem Posener Universitätsprofessor Baniecki, einem bekannten Soziologen.

Ministerbesuch in Posen.

Der Minister Kwieciński hat während eines Frühstücks im „Bazar“ auf die Begrüßungsansprache Dr. Pernaczyński folgendes geantwortet: „Es ist kein Werk des Zufalls, daß ich meine ersten Schritte außerhalb Warschaus nach Neppeln des Ministerpostens nach dem großpolnischen Teilstück geleistet habe, daß ich trotz der Arbeitshäufung in einer Zeit, in der die Grundlagen des Sanierungsvertrages geschmiedet werden, Gelegenheit fand, zu Ihnen zu reisen. Ich bin der Meinung, daß die Sanierung des politischen und sozialen Lebens in Polen auf engste mit der Sanierung des Wirtschaftslebens verknüpft ist. Die Regierung allein wird die Sanierung nicht durchführen. Es gibt keine Methode, bei deren Anwendung man unseren Wirtschaftsorganismus von heut auf morgen bessern könnte. Das gesteckte Ziel kann man nur durch eingesessene zusammenwirken der Regierung mit der Bevölkerung, vor allem aber mit ihren wirtschaftlichen Organisationen erreichen. Es handelt sich heute um große Anstrengungen des ganzen Volkes und harte und mühsame Arbeit. Wir müssen uns stets die Frage stellen: wieviel Menschen arbeiten in Polen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung produktiv und wieviel ihre Produktion pro Kopf ausmacht. Wenn wir uns in dieser Beziehung im Ziffern nähern, über die Westeuropa verfügt, dann wird jede Regierung in der Lage sein, große Wirtschaftsaufgaben zu erfüllen. Nun kann ich feststellen, daß gerade im großpolnischen Teilstück seit vielen

Ein Kabinett Briand-Poincaré?

Paris, 21. Juni. (R.) Nach vielen Verhandlungen Herrrots mit den Parteien ist es nicht gelungen, die Parteien auf eine bestimmte Kompromissliste zu vereinigen. Wie immer, scheitern die Bemühungen an der Frage: „Wer wird Finanzminister?“ Der Name Caillaux taucht neben Poincaré auf, doch ist die Befreiung des Posten zweifelhaft. Montigny, der stärkste Gefolgsmann von Caillaux, wendet sich in einer öffentlichen Ansprache an die Nation, die unter besonderem Druck die schnelle Entscheidung herbeizuführen habe.

Paris, 21. Juni. (R.) Wie soeben verlautet, ist anzunehmen,

dass das Kabinett Briand heute abend gebildet sein wird. Herrrot, der seinen Miserfolg einsah, gab alle Mühen auf; daraufhin übernahm Briand die Neubildung des Kabinetts.

Briand erklärte, dass sein Kabinett ein republikanisches Konzentrationskabinett sein würde. Er werde noch am heutigen Vormittag mit Poincaré verhandeln und ihm

darauf ausmerksam machen, dass das Land von ihm dieses Opfer verlange. Er allein sei der Mann, der die Inflation, kraft seiner Fähigkeiten und Kenntnisse, aufhalten könnte. Poincaré verhandelt vorläufig noch mit dem Sachverständigenausschuss und macht seinen Entschluss von diesen Besprechungsgegebnissen und von den Ergebnissen der Verhandlungen mit der Bank von Frankreich abhängig. Mit diesem Entschluss wird das Kabinett inzwischen ziemlich fertiggestellt sein. Die Minister Laval, Durant, Painlevé werden weiterhin auf ihren Posten verbleiben. Auf die Frage, welche Ministerposten durch die Rechtsrepublikaner besetzt werden sollen, hat Briand die Auskunft verweigert.

Herrrot hat der radikalsozialistischen Partei den Misserfolg seiner Bemühungen berichtet; es ist jedoch zu keiner bestimmten Entscheidung innerhalb der Partei gekommen. Auf alle Fälle ist anzunehmen, dass durch den Misserfolg Herrrots die radikalsozialistische Partei zu dem neuen Kabinett Briand in schärfste Opposition treten wird.

Herriots vergebliche Mühe.

Der Kammerpräsident hat ihm vom Präsidenten Doumergue erteilten Auftrag zur Kabinettbildung anscheinend ernsthafter aufgefaßt, als das nach allgemeinem Urteil der politischen Kreise über diese Wendung der Dinge erwartet werden konnte. Der geistige Gefolgsmann des Kammerpräsidenten, Israel, wußte zu verkünden, dass Herrrot schon um 5 Uhr morgens sich an die Arbeit gesetzt und zunächst mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Robineau, mit dem Vorstand des neu geschaffenen Sachverständigenausschusses, Sargent, und seinen der Linken nahestehenden Mitgliedern Bougères, Rist und Jéze verhandelt habe.

Professor Rist ist derjenige, der von der Bank von Frankreich neulich im Sachverständigenausschuss die Verwendung des Goldbestandes gefordert hatte, ohne jedoch den Widerstand der maßgebenden Persönlichkeiten, insbesondere auch nicht des Barons de Rothschild, brechen zu können. Es wird mitgeteilt, dass

Herrrot in erster Linie sich Karthäus über die gesamte Finanzlage habe verschaffen wollen, so zum Beispiel über die in nächster oder späterer Zukunft fälligen Verpflichtungen des Staatschafwesens, über den Stand der Vorschüsse der Bank von Frankreich, nach der Verfallfrist von Ende Juni, über den Bestand

der Morgananleihe, über die Verwendung der Franken, die von

der Regierung bei ihrer letzten Intervention mit den Dollars der Morgananleihe hätten verkauft werden müssen usw. Mit überraschender Zähigkeit hat Herrrot dann die verschiedensten Persönlichkeiten befragt, vor allen Dingen Bochanowski und die Monzie. Dieser letztere wurde als Herrrots Kandidat für den Posten des Finanzministers bezeichnet. Die Linksradikalen Chautemps und Daladier treten auch in der Ministerliste auf. Herrrot hat ferner eine sozialistische Ablösung empfangen. Man will im allgemeinen nicht recht einsehen, warum er so viel Kraft an ein Geblide wendet, das vorläufig niemand als lebensfähig zu betrachten geneigt ist.

Die Wirtschaftsverhandlungen Deutschlands mit Frankreich.

Die Pariser Blätter melden, dass die deutsche Abordnung für Wirtschaftsverhandlungen heute vormittag der französischen Regierung die Zustimmung des Reichskabinetts zu dem französischen Vorschlag übermittelt habe, wonach zwischen Frankreich und Deutschland ein Teilabkommen über gewisse landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse abgeschlossen werden soll. Da demnächst die Parlamente in beiden Ländern in die Ferien gingen, so sollten die Verhandlungen darüber beschleunigt werden.

Es handelt sich dabei um folgendes: Da immer noch Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung gerade der wichtigsten Erzeugnisse bestehen und auch gewisse privatwirtschaftliche Verhandlungen bis jetzt noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt haben, so ist zu erwarten, dass der große und endgültige deutsch-französische Handelsvertrag in diesem Jahr kaum noch zu stanzen kommt. Auf französischer Seite ist infolgedessen vor etwa vierzehn Tagen der Vorschlag gemacht worden, dass diejenigen Warenangaben, über die bereits ein gewisses Einvernehmen erzielt wurde, in einem Teilabkommen zusammengefasst werden möchten. Die deutschen Vertreter haben der Reichsregierung darüber berichtet und nun auch das grundsätzliche Einverständnis der deutschen Regierung mitgeteilt. Am Montag wird mit den Verhandlungen darüber begonnen werden. Es kann sich bei diesem Teilabkommen um einen berührungslosen nur niedrigen Prozentsatz der für das große Abkommen in Bezug gezogenen Waren handeln.

Die Kabinettbildung in Frankreich.

Paris, 21. Juni. (R.) In den Wandlungen der Kammer wurde gestern abend, wie das „Journal“ feststellt, erklärt, dass Briand beabsichtige, außer Poincaré auch Caillaux in sein Kabinett aufzunehmen. Dem „Oeuvre“ folge ist es möglich, dass Poincaré dem neuen Kabinett angehören werde, aber nicht als Finanzminister. „Echo de Paris“ behauptet, er habe dies vorher bereitgestellt. Unter diesen Umständen werde Briand das Finanzministerium Caillaux anbieten. Dieser dürfte sich dem „Quotidien“ folge weigern, in ein Kabinett einzutreten, dem Poincaré angehöre.

Iament zu belauern, ob es eine Schwäche hätte, durch die man eindringen könnte. Er kannte alle Kniffe der Tagesordnungen, der Verfassung, der Gesetze, kurz der Behandlung, Beläubung, Verführung, Überrumpfung von Menschen, sei es in der Kammer, sei es am Beratungstisch. Seine göttliche Faulheit, die es ihm verbot, in den Alten Vorgänge aufzufuchen, Wände zu wälzen, machte ihn zum natürlichen Künstler in Menschenmaterial, aber zu einem Künstler der alten Schule, in der man mehr auf Können als auf Geistung sah, in der man weniger nach der Stärke des Charakters als nach der Kraft und Feinheit der mithelfenden Hand fragte.

Und nun dieser trübe Aschermittwoch der Währungsagonie, die nur zwei Dinge verlangt, nämlich Sachkenntnis und einen starken Charakter! Die Führung des Landes gleitet langsam, aber sicher aus der Hand des Staatsmannes in die des Geschäftsmannes, der Wohlthaus oder vielmehr das Geißlapp einer neuen Zeit lärm Aristide entgegen und schreit: „Fort mit Dir, Du feiner, Du köstlicher Franzose, fort mit Deinen Epigrammen, Deinen Fechterkünsten, Deinen philosophischen Listen. An den Frühstückstischen der Bobineaus, der Hombergs, der Finalis ist weder Zeit noch Platz für politische Redner!“

Wahrlich, eine neue Zeit, die von der Börse in die Kammer stürmt und von dort in den Aufsichtsrat. Briand macht keine Geschäfte, also wird man bald keine Geschäfte mehr mit ihm machen. Die Stunde schreit mit gellenden Stimmen, wie sie um 2 Uhr mittags von den Treppen der Pariser Börse ertönen, nach harten Fäusten, nach eisernen Energien, nach Köpfen, die durch die Wand rinnen, — oder aber nach Aposteln, die im Mantel oder Mädergeschäft groß geworden sind. Dieser Briand aber, ein Mensch, welcher zum Augenblick sagte: vermeide doch, du bist so schön, ist der Staatsmann einer Welt, an die keiner mehr glaubt, einer Welt, in der sein letztes Glück, die äußere Politik, die Politik von Bocano, wie ein Insel liegt.

Die Ministerkriege von heute, die mit dem ersten wirklich strahlenden, warmen Sommertage über Paris gefommen ist, wird Briand frösteln lassen. Er wird zurückdenken an den Angstschimmer, als bei Verdun und wird fühlen, dass neue Werte gekommen sind, die neue Energien fordern.

Vielleicht kommt das Genie Briands morgen schon wieder. Aber dann wird er als Ritter des Herrn wieder kommen, und zwar des Herrn Finanzministers. Noch einmal wird er das Parlament blenden, um ihnen Vollmachten zu entreißen, aber diese Vollmachten werden nicht für ihn sein. Noch einmal wird er sagen: vermeide doch — aber dieser Augenblick wird nicht mehr schön sein.

Aber Briand X. wird ein anderer Briand sein.

Warum? Als Briand neulich in der Kammer mit einer verzweifelten Armbewegung ausrief: „Niemals, auch in den Tagen von Verdun nicht, habe ich so angstvolle Stunden durchlebt, wie in diesen Tagen!“, da hat es uns alle eisartig überlaufen, denn wir fühlten, dass er die nackte Wahrheit sprach. Was war Verdun? Ein Schlachtfeld zwar. Aber auch der blutige Bodengrund für die große Politik, in der Briand zu Hause ist. Es war eine Stunde wie gemacht, um mit den Engländern zu sprechen. Aber was waren Mai und Juni 1926? Ein Dschungel, ein Dickicht, ein Chaos, eine Nacht ohne Sterne. Es waren die Monate der Finanzfrage, in denen Wechselseite, Arbitragewerte, Plafonds, Binsfüße, Goldbestände, Schachtheine, Bahlen, Bahlen, Bahlen einen wütigen Regentanz aufführten. Und Briand versteht nichts von Finanzen. Sie sind ihm fremd, unheimlich, ja feindselig. Gegenüber dem Frankfurter gibt es keine Taktik. Briand liebt Taktik über alles. Gewinnt man vor der Währung Zeit, so verliert man alles. Briands Politik aber war: Zeit gewinnen, alles gewinnen. Briand liebt es, mit Menschen zu kämpfen, heute aber steht er vor Mächten. Seine Wonne war es, das Par-

französische Sprache auf, trotzdem sie für viele von ihnen nicht mehr als „Chinesisch“ bedeutet. Er beschwört die französischen Katholiken, die elässischen Rechte und Freiheiten vor dem Untergang retten zu helfen. Es herrsche im Elsass eine große Unzufriedenheit. Der Ausdruck, dass man eine ganze Generation opfern wolle, treffe wirklich zu. An Stelle der Begleiterung von 1918 sei eine tiefe Verstimmung getreten, so dass die Gefahr einer Loslösung von Frankreich besteht. Freih oder wüt trennen sich die Provinzen von den Staaten, deren Hoch sie ertragen müssen, ohne Liebe zu finden. Der diese Zeilen schreibt, kennt seine Dörfer, und deshalb fühlt er sich verpflichtet, auch zuzurufen: Nehmt euch in acht! Die Katholiken sind gewiss nicht das ganze Land. Falls ihr aber ihre Liebe und ihr Vertrauen verloren habt, dann seht zu, was euch von Elsass-Lothringen noch übrig bleibt. Wohl nicht sehr viel, da die Stimmung unter den Protestanten dieselbe ist.

Vom Eucharisten-Kongress in Chicago.

Am 20. Juni wird der 28. Eucharisten-Kongress in Chicago eröffnet, zu dem eine gewaltige Besucher- und Teilnehmerzahl erwartet wird; zu dem Kongress, der vor 15 Jahren in Montreal stattfand, waren schätzungsweise 700 000 Teilnehmer erschienen, und voraussichtlich wird diese Zahl in Chicago übertroffen werden. Aus verschiedenen Ländern Europas, aus Zentral- und Südamerika, Mexiko usw., werden größere Pilgergruppen erwartet, auch Indien, Japan und China werden vertreten sein. Die deutschen Gäste werden von einem Bürgerausschuss und einem Komitee der deutschen katholischen Gemeinden empfangen; zu ihren Ehren soll unter dem Vorsitz von Dr. Otto L. Schmidt, des Präsidenten der Historischen Gesellschaft von Illinois, am 21. Juni ein Begrüßungsbankett stattfinden. Die Hauptleitung des Kongresses hat der Kardinal-Erzbischof Mundelein von Chicago, ein geborener Deutscher.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Straß; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Böhler; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Straß; für den Anzeigenteil: H. Schwatzkopf, Kosmos Sp. z o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. sämtlich in Poznań ul. Zwierzyniecka 6.

Hänschen und Gretchen.

10. Hänschen geht auf Reisen.



Hänschen rüstet für die Reise, Gretchen sorgt auf ihre Weise; Blitzblank steht die Tasche da, Alles reinigt Erdal*) ja.

*) ERDAL-Schuhcreme mit dem roten Frosch auf der Dose ist eine wahre Wohltat für das Leder.

Deutsches Reich.

Das Jugendzelt in Breslau.

Eine neuartige Unternehmung zur Gewinnung der Jugend für den christlichen Gedanken, die in anderen Großstädten, wie in Hamburg, schon beachtliche Erfolge hatte, auf die wir deutschen Staatsbürger Polens aber wegen unserer kleineren Zahl verzichten müssen, das sogenannte „Jugendzelt“, kommt vom 1. bis 22. August d. J. auch nach Breslau, und wird dort auf dem Schlossplatz aufgebaut werden. Jeden Abend soll darin zu Posaunenmusik, religiösem Lied und Ansprachen von geeigneten Volksjugendmissionaren eine gewaltige Menge Jugendliche versammelt werden. Das Riesenfest bietet allein über 2000 Sitzplätze.

Kirche und Arbeiterstand.

In der evangelischen Arbeitergemeinde Bis in Württemberg haben 600 Fabrikarbeiter und Angestellte von November 1924 bis 1925 je 40 Überstunden zugunsten des Kirchenbaus geleistet und die übrigen Gemeindemitglieder entsprechende Beiträge gegeben, so dass in einem Jahre 30 000 Reichsmark freiwillige Beiträge aufzumachen. Es gibt also noch Liebe zur Kirche in der Arbeiterschaft.

Aus anderen Ländern.

Der Strasburger Bischof zur elässischen Frage.

Ein Beweis für die Stimmung im heutigen Elsass ist eine Broschüre des Strasburger Bischofs Ruch über „die Pflichten der elässischen Katholiken gegen die elässischen Gläubigenbrüder“, die um so bedeutsamer ist, als der Verfasser nach Kultur und Geistigkeit Polen ist. Er schildert die religiöse Lage unter dem Einfluss der französischen Schulpolitik. Ruch zwinge den Kindern die

